

- Politik

Wirtschaft

Kultur

Wissen

Panorama

Computer

Service

Sport
- WDR Regional
- Politik bei wdr.de

Schlechte Noten für die Kopfnoten

Das BKA-Gesetz im Bundestag

Düsseldorf: CDU kürt OB-Kandidaten

Weg mit den Stromfressern

BGH: Korrupte Amtsträger länger verfolgen
- Multimedia

Fotoalbum

Quiz & Spiele

Webcams

Videotext
- Lernzeit

Planet Wissen
- Newsletter & RSS

Politik

Wichtiger Hinweis:

Sie sehen eine Archivseite von WDR.de. Diese Informationen sind möglicherweise nicht mehr aktuell und geben den Stand des Veröffentlichungstages wieder. Aktuelle Informationen finden Sie stets auf unserer Homepage.

Stand vom 10.11.2004

Die Rückgabe AG

Wer steckt hinter der Preußischen Treuhand? (Teil 1)

Von Dominik Reinle

Wem gehört der Boden in Polen? Den Streit um diese Frage soll ein Rechtsgutachten klären, das am Mittwoch (10.11.04) veröffentlicht wurde. In Auftrag gegeben haben es die deutsche und die polnische Regierung. Der Anlass: Die Preußische Treuhand - eine Firma aus NRW - will auf Rückgabe von ehemals deutschen Grundstücken klagen.



Fordert Rückgabe: Rudi Pawelka

Fast 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg will die Preußische Treuhand AG die Rückgabe von Grundstücken in ehemals deutschen Ostgebieten einklagen. Dafür beschafft die Aktiengesellschaft Anwälte und Geld. Mit ihren Aktivitäten hat sie bereits reichlich politisches Porzellan zerschlagen. Deshalb betonte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) bei seiner Polenreise im August 2004, die Rückgabe-Forderungen an Polen seien aus Sicht der Bundesregierung unbegründet.

Wer zieht bei dem viel kritisierten Unternehmen die Fäden? An der Spitze der Preußischen Treuhand steht ihr Aufsichtsratsvorsitzender Rudi Pawelka. Er ist ein umstrittener Mann: Für Bundeskanzler Schröder gehört der 64-jährige Leverkusener zu den "Ewiggestrigen", die mit ihren Aktivitäten das "Wunder der Aussöhnung" zwischen Polen und

Deutschland gefährden.

Rückgabe vor Entschädigung

Im Gespräch mit **wdr.de** kontert Pawelka mit seinen eigenen Vorstellungen von Aussöhnung: "Kein Politiker will in den Proteststurm reingezogen werden, der von Polen kommt und hier in den Medien verbreitet wird." Die Preußische Treuhand habe lediglich ein Ziel: "Wir wollen die Heilung des Vertriebungsverbrechens." Denn, so Pawelka weiter, "jeder Vertriebene muss entscheiden können, ob er sein Eigentum haben will oder nicht." Dies gehöre zum "Heimatrecht" der aus Polen vertriebenen Deutschen. "In der Eigentumsfrage versuchen wir das zu lösen, was noch möglich ist." Primär laute die Forderung "Rückgabe statt Entschädigung". Nur dort, "wo Restitution nicht mehr geht, weil da zum Beispiel schon ein Krankenhaus gebaut ist, akzeptieren wir auch Entschädigungszahlungen", sagt Pawelka, der Leitender Polizeidirektor in Essen war. Heute sitzt er in Leverkusen für die CDU im Stadtrat. "Wir wollen endlich Rechtsfrieden für die Zukunft schaffen und die Menschenrechte in Europa vollenden." Pawelka ist auch Chef der Landsmannschaft Schlesien, die ihren Sitz in Königswinter bei Bonn hat.

"Opfer der größten Vertreibung der Weltgeschichte"

Pawelka verlangt außerdem eine offizielle polnische Entschuldigung: "Wir haben uns ja auch entschuldigt. Jeder muss zu seiner Geschichte stehen." Stattdessen verstoße Polen gegen das Diskriminierungsverbot der EU, wonach niemand wegen seiner Abstammung anders behandelt werden dürfe. In Polen bekämen aber weder Deutsche, die dort "in der Heimat wohnen", noch Aussiedler oder gar Vertriebene "ihr Eigentum" zurück. "Deutsche bleiben immer außen vor, weil sie eben Deutsche sind." In Pawelkas Weltbild scheinen die Rollen offenbar klar verteilt: Deutschland ist Opfer, Polen ist Aggressor. Nach seiner Meinung verhält sich Polen "rassistisch" und "nationalistisch" - nach dem Schema: "Wir armen Polen, wir müssen zusammenhalten, da kommen böse Eindringlinge." Dabei werde vergessen, dass Deutschland "Opfer der größten Vertreibung der Weltgeschichte" gewesen sei, sagt Pawelka, der in Breslau geboren wurde. "Wir fühlen uns den Opfern gegenüber in der Pflicht", beschreibt er seine Motivation. Auch wenn er "selbst kein Eigentum" in Polen habe.

Links

- Teil 2: Welche Vision verfolgt die Preußische Treuhand?
- Teil 3: Welche Verbindungen hat die Treuhand?

In einem Interview mit der "Jungen Freiheit" kritisierte Pawelka im Februar 2004 zudem jene Haltung, "die streng darauf achtet, dass deutsche Opfer nicht auf eine Stufe mit NS-Opfern gestellt werden, weil dann eine Relativierung des von Deutschen begangenen Unrechts gesehen wird." Letztlich sei das "Pflege von Schuldgefühlen auf dem Rücken deutscher Opfer". Die Wochenzeitung "Junge Freiheit" wird vom NRW-Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und beobachtet.

"Preußische Provinzen jenseits von Oder und Neiße"

Die Organisation, mit der die Rückgabe-Pläne umgesetzt werden sollen, ist die Preußische Treuhand. Sie wird im Dezember 2000 gegründet, als sich der EU-Beitritt Polens für Mai 2004 abzeichnet - und damit neue Klagemöglichkeiten vor EU-Gerichten. Geschäftszweck der im Bonner Handelsregister eingetragenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist die Rückgabe des "von den Vertreiberstaaten völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums" in den "Preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße". Die Initiative geht von der Ostpreußischen Landsmannschaft des Bundes der Vertriebenen (BdV) aus. Genauer: von Ehrenfried Mathiak, dem Vorsitzenden der Landesgruppe NRW. Der zweifach promovierte Jurist und Physiker, der als Regierungsdirektor beim Bundesumweltministerium in Bonn arbeitet und CDU-Mitglied ist, schreibt im Mai 2000 in einem Rundschreiben an seine "lieben Landsleute" von der ostpreußischen Landsmannschaft in NRW: "Wer sein Recht einfordern will, muss derb auftreten."



Dementsprechend verpassen Mathiak, Jahrgang 1945, und seine Gründungskameraden der Treuhand den englischen Beinamen "Prussian Claims Society" - in Anspielung auf die "Jewish Claims Society", eine Interessenvertretung der jüdischen Nazi-Opfer. Der Aufsichtsratsvorsitzende Pawelka distanziert sich mittlerweile von der provokanten englischen Bezeichnung, die eine Gleichstellung von Holocaust-Opfern und Vertriebenen suggeriert: "Das wird in der Öffentlichkeit demnächst nicht mehr verwendet." Er selbst sei erst nach der Gründung der GmbH zur Treuhand gestoßen und habe keinen Einfluss auf die Namensgebung gehabt.

Treuhandzentrale in Düsseldorf

An der Treuhand GmbH ist die Landsmannschaft Ostpreußen mit 40 Prozent und die Landsmannschaft Schlesien mit 10 Prozent beteiligt. Das Gründungskapital beträgt 30.000 Euro. "Die anderen 50 Prozent gehören ostpreußischen Funktionsträgern", sagt Pawelka. "Ich habe darauf bestanden, dass wir Schlesier an der GmbH beteiligt werden, weil sie das Steuerungsinstrument der Treuhand ist." Im September 2001 wird die GmbH zu einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (KG a. A.) erweitert. Das Gründungskapital der KG a. A. beträgt zusätzlich 50.000 Euro. Mit dem Verkauf von Aktien soll der Treuhand weiteres Kapital zufließen. Die kleinste Beteiligung ist eine Aktie von 50 Euro. "Wir wollen die Kosten des Geschäftsbetriebs von den Zinsen der Einlagen bezahlen", sagt Treuhand-Geschäftsführer Torne Möbius, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der Ostpreußen in NRW und BdV-Kreisvorsitzender in Detmold ist. Nach seinen Angaben haben bisher rund 1.000 Aktionäre ein Aktienkapital von rund 300.000 Euro gezeichnet. Noch führen allerdings wenige ehrenamtliche Helfer die Geschäfte. Das Büro der Treuhand befindet sich in Düsseldorf in der NRW-Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen.

Gutachten: Schlechte Karten für die Kläger



Die Preußische Treuhand will in Straßburg klagen

Die Rückgabe der ehemals deutschen Grundstücke soll noch 2004 von mehreren Anwaltskanzleien vor verschiedenen Gerichten durchgeboxt werden. Aus formalen Gründen werde auch in Polen geklagt, obwohl das "eigentlich gar keinen Zweck" habe, sagt Treuhand-Chef Pawelka. "Die werden das in Polen ja nur in die Länge ziehen." Das Hauptgewicht werde deshalb "woanders" liegen. "In Luxemburg wird EU-Recht verhandelt, in Straßburg geht es um die Menschenrechte." Auch in den USA soll geklagt werden - wegen des Schadenersatzes. "Man kann dadurch Polen zwingen, eine Restitution vorzunehmen", glaubt Pawelka. "Wenn sich etwa ein Opel-Haus auf Boden niedergelassen hat, der eigentlich Vertriebenen gehört, dann gibt es auch Zugriffsmöglichkeiten über den Mutterkonzern in Amerika."

Tatsächlich stehen die juristischen Chancen der Treuhand-Klagen allerdings schlecht. Das belegt das am Mittwoch (10.11.04) veröffentlichte Gutachten der gemeinsamen Juristen-Kommission, die von der deutschen und der polnischen Regierung eingesetzt wurde. Das Gutachten stellt fest, dass "weder vor polnischen, deutschen, amerikanischen noch vor internationalen Gerichten Klagen wegen der genannten Enteignung Aussicht auf Erfolg" haben.

>>> Lesen Sie im zweiten Teil, wie ein Treuhand-Aufsichtsrat die ehemaligen deutschen Ostgebiete aus Polen "herauslösen" will. Bitte hier klicken!

Mehr zum Thema

- Oberschlesier begrüßen EU-Osterweiterung**
Interview mit Klaus Plaszczyk von der Landsmannschaft (29.05.04)
- Warschau und Berlin einig: Keine Entschädigung für "Ewiggestrige"**
tagesschau.de (28.09.04)
- Der Streit um Entschädigungen: Rechtliche Grundlagen**
tagesschau.de (27.09.04)
- Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen**
Ergebnisse der deutsch-polnischen Juristen-Kommission als PDF-Datei (10.11.04)
- Deutsch-polnischer Grenzvertrag 1990**
Dokumentation des Deutschen Bundestages
- Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990**
Dokumentation des Auswärtigen Amtes (PDF-Datei)
- Potsdamer Konferenz 1945**
Mit Infos des "Lebendigen virtuellen Museums Online" (LeMO) zur Vertreibung